



045276/EU XXIV.GP  
Eingelangt am 03/02/11

**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**



17745/10

PRESSE 342  
PR CO 46

## **MITTEILUNG AN DIE PRESSE**

3055. und 3056. Tagung des Rates

**Auswärtige Angelegenheiten**

**Verteidigung und Entwicklung**

Brüssel, den 9. Dezember 2010

Präsidentin **Catherine ASHTON**  
Hohe Vertreterin der Union für  
Außen- und Sicherheitspolitik

# **P R E S S E**

---

## Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Die Tagung zum Thema "**Verteidigung**" war hauptsächlich den **militärischen Fähigkeiten** gewidmet. Der Rat erörterte die jüngsten Initiativen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich, die die Bündelung und gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten und die Verteidigungszusammenarbeit betreffen. Er wies darauf hin, dass die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die nationalen Verteidigungshaushalte als Gelegenheit verstanden werden sollten und dass der Entwicklung militärischer Fähigkeiten in Europa ein neuer Impuls gegeben werden sollte.

Der Rat betonte zudem, dass der durch den Vertrag von Lissabon entstandene neue Kontext, zu dem auch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes gehört, als Katalysator für eine stärkere Koordinierung genutzt werden muss, die zu einer besseren und kohärenteren Verwendung der vorhandenen Ressourcen führt.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Entwicklung militärischer Fähigkeiten, zu zivil-militärischen Synergien und zur EU-NATO-Zusammenarbeit bei der Fähigkeitenentwicklung an.

Er nahm ferner den Haushaltsplan der **Europäischen Verteidigungsagentur** für das Jahr 2011 an.

Die Verteidigungsminister erörterten beim Mittagessen die derzeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) durchgeführten **militärischen Operationen** (ALTHEA, EUNAVFOR-Atalanta und EUTM Somalia).

Unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin Catherine Ashton fand am Rande der Ratstagung eine Sitzung des Lenkungsausschusses der **Europäischen Verteidigungsagentur** statt.

Im Vorfeld des ersten Jahrestages des Erdbebens in **Haiti** am 12. Januar befassten sich die Entwicklungsminister mit dem Stand der laufenden Wiederaufbaubemühungen und analysierten die derzeitige Lage auf der Insel angesichts der Choleraepidemie und der jüngsten Wahlen.

Der Rat führte in Anwesenheit des EU-Sonderbeauftragten für **Afghanistan**, Vygaudas Ušackas, einen Gedankenaustausch über die Vorgehensweise der EU in der Entwicklungspolitik für Afghanistan.

Der Rat erörterte die Frage der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und Transparenz zwischen den europäischen Gebern und den Partnerländern. Er hat **auch stärker harmonisierte Verfahren bei der Weitergabe von Informationen über Umfang und Bereitstellung von Entwicklungshilfe** sowie Prognosen zur Entwicklungshilfe durch die Kommission und die Mitgliedstaaten vorgesehen.

**INHALT**<sup>1</sup>

<b>TEILNEHMER</b> .....	<b>4</b>
 <b>ERÖRTERTE PUNKTE</b>	
VERTEIDIGUNG.....	6
MILITÄRISCHE FÄHIGKEITEN.....	6
MILITÄRISCHE OPERATIONEN .....	8
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.....	9
ZUKUNFT DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK.....	9
AFGHANISTAN .....	10
HAITI.....	10
TRANSPARENZ UND GEGENSEITIGE RECHENSCHAFTSPFLICHT BEI DER ENTWICKLUNGSHILFE.....	11
INNOVATIVE FINANZIERUNGSMECHANISMEN .....	11
INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSKONFERENZEN 2011 .....	11
SITZUNG AM RANDE DER RATSTAGUNG .....	12
EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSAGENTUR.....	12

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE***GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK*

- <sup>1</sup>
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
  - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
  - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

**TEILNEHMER****Hohe Vertreterin**

Catherine ASHTON

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und  
Sicherheitspolitik**Belgien:**Pieter DE CREM  
Charles MICHELMinister der Verteidigung  
Minister für Entwicklungszusammenarbeit**Bulgarien:**Anyu ANGELOV  
Lubomir IVANOVMinister der Verteidigung  
Generaldirektor**Tschechische Republik:**Jiří ŠEDIVÝ  
Tomáš DUBStellvertretender Minister der Verteidigung  
Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten**Dänemark:**Gitte Lillelund BECH  
Søren PINDMinisterin der Verteidigung  
Minister für Entwicklung und Zusammenarbeit**Deutschland:**

Christian SCHMIDT

Peter TEMPEL

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der  
Verteidigung  
Ständiger Vertreter**Estland:**Jaak AAVIKSOO  
Raul MÄLKMinister der Verteidigung  
Ständiger Vertreter**Irland:**Michael HOWARD  
Michael GAFFEYGeneralsekretär im Ministerium der Verteidigung  
Stellvertretender Generaldirektor**Griechenland:**Evangelos VENIZELOS  
Athanassios THEODORAKISMinister der Verteidigung  
Generaldirektor**Spanien:**Luis CUESTA  
Soraya RODRÍGUEZ RAMOSGeneralsekretär für Verteidigungspolitik  
Staatssekretärin für die internationale Zusammenarbeit**Frankreich:**Alain JUPPE  
Henri de RAINCOURTMinister der Verteidigung  
Minister für Zusammenarbeit**Italien:**Giuseppe COSSIGA  
Elisabetta BELLONIStaatssekretär für Verteidigung  
Generaldirektorin**Zypern:**Christos MALIKKIDES  
Leonidas MARKIDESGeneraldirektor im Ministerium der Verteidigung  
Botschafter, Entwicklung**Lettland:**Artis PABRIKS  
Elīta KUZMAMinister der Verteidigung  
Botschafterin, Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten**Litauen:**Vytautas UMBRASAS  
Raimundas KAROBLISStellvertretender Minister der Verteidigung  
Ständiger Vertreter**Luxemburg:**Michèle PRANCHÈRE-TOMASSINI  
Christian BRAUNBotschafterin  
Ständiger Vertreter**Ungarn:**Csaba HENDE  
János HÓVÁRIMinister der Verteidigung  
Stellvertretender Staatssekretär für internationale  
Angelegenheiten  
Stellvertretender Staatssekretär für EU-  
Angelegenheiten

Bálint ÓDOR

**Malta:**

Vanessa FRAZIER  
Stephen BORG

Direktorin für Verteidigungsfragen  
PSK-Botschafter

**Niederlande:**

Hans HILLEN  
Ben KNAPEN

Minister der Verteidigung  
Minister für europäische Angelegenheiten und  
internationale Zusammenarbeit

**Österreich:**

Norbert DARABOS  
Johannes KYRLE

Minister der Verteidigung  
Generalsekretär

**Polen:**

Bogdan KLICH  
Krzysztof STANOWSKI

Minister der Verteidigung  
Stellvertretender Staatssekretär, Ministerium für  
auswärtige Angelegenheiten

**Portugal:**

Augusto SANTOS SILVA  
João CRAVINHO

Minister der Verteidigung  
Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und  
Zusammenarbeit

**Rumänien:**

Viorel OANCEA  
Doru Romulus COSTEA

Staatssekretär für Verteidigungspolitik  
Staatssekretär für internationale Angelegenheiten

**Slowenien:**

Rado GENORIO  
Dragoljuba BENČINA

Ständige Vertretung  
Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten

**Slowakei:**

Róbert ONDREJCSÁK  
Milan JEZOVIČA

Staatssekretär, Ministerium der Verteidigung  
Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

**Finnland:**

Jyri HÄKÄMIES  
Paavo VÄYRYNEN

Minister der Verteidigung  
Minister für Außenhandel und Entwicklung

**Schweden:**

Anna-Karin ENESTRÖM  
Gunilla CARLSSON

PSK-Botschafterin Schwedens  
Ministerin für Entwicklungshilfe

**Vereinigtes Königreich:**

Gerald HOWARTH  
Anthony SMITH

Minister für internationale Sicherheitsstrategie  
Direktor

**Andere Teilnehmer:**

Pierre VIMONT

Geschäftsführender Generalsekretär des Europäischen  
Auswärtigen Dienstes

**Kommission:**

Andris PIEBALGS

Mitglied

## ERÖRTERTE PUNKTE

### VERTEIDIGUNG

#### MILITÄRISCHE FÄHIGKEITEN

Der Rat hat auf der Grundlage der Ergebnisse des informellen Treffens der Verteidigungsminister in Gent (23./24. September 2010) und im Lichte jüngster Initiativen von Mitgliedstaaten, insbesondere des deutsch-schwedischen Thesenpapiers über eine "verstärkte militärische Zusammenarbeit in Europa" und des unlängst geschlossenen britisch-französischen Vertrags über Verteidigungszusammenarbeit einen Gedankenaustausch über die Notwendigkeit einer verstärkten Bündelung und gemeinsamen Nutzung militärischer Fähigkeiten geführt.

Der Rat hat den Haushaltsplan der Europäischen Verteidigungsagentur für das Jahr 2011 angenommen.

Der Rat hat folgende Schlussfolgerungen im Bereich der militärischen Fähigkeiten angenommen:

"Der Rat weist darauf hin, dass die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die nationalen Verteidigungshaushalte als Gelegenheit verstanden werden müssen, der Entwicklung militärischer Fähigkeiten in Europa einen neuen Impuls zu geben, damit die ehrgeizigen Ziele in diesem Bereich verwirklicht, noch verbleibende Lücken geschlossen und die Verteidigungsfähigkeiten, die zur Unterstützung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und zur Verwirklichung nationaler Fähigkeitsziele erforderlich sind, gewährleistet, unnötige Duplizierungen in den Mitgliedstaaten aber vermieden werden können.

Ausgehend von den bestehenden Prozessen weist der Rat insbesondere auf folgende Lösungsansätze hin:

#### *Zusammenarbeit als Kräftermultiplikator*

Der Rat ermuntert die Mitgliedstaaten dazu, gegebenenfalls Informationen über derzeitige und bevorstehende Kürzungen ihrer Verteidigungshaushalte auszutauschen, die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen und die Auswirkungen dieser Kürzungen auf die Fähigkeitenentwicklung zu prüfen.

Um die militärischen Fähigkeiten in Europa zur Unterstützung und Vertiefung der GSVP zu stärken, ruft der Rat die Mitgliedstaaten auf, alle Gelegenheiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Fähigkeitenentwicklung zu ergreifen. Insbesondere weist er darauf hin, dass Optionen zur Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten entwickelt werden müssen, die auf erfolgreichen multilateralen Vorbildern wie dem im September 2010 eingerichteten Europäischen Lufttransportkommando aufbauen, und dass die Möglichkeiten einer Aufgabenspezialisierung sondiert werden müssen.

Der Rat begrüßt die Vorschläge der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und die deutsch-schwedische Initiative als Beiträge zu den Folgemaßnahmen im Anschluss an das informelle Treffen der Verteidigungsminister in Gent (September 2010). Er ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre nationalen militärischen Fähigkeiten und unterstützenden Strukturen systematisch zu analysieren und hierbei Kriterien wie operative Effektivität, wirtschaftliche Effizienz und Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage sollten die Mitgliedstaaten dann folgende Schritte in Betracht ziehen: Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Interoperabilität von Fähigkeiten, die auf nationaler Ebene aufrechterhalten werden sollen; Sondierung, welche Fähigkeiten ein Potenzial für eine Zusammenlegung bieten; Intensivierung der Zusammenarbeit betreffend Fähigkeiten, unterstützende Strukturen und Aufgaben, für die eine Rollen- und Aufgabenteilung in Betracht gezogen werden könnte.

Der Rat ruft die EDA dazu auf, ihre Arbeiten zu intensivieren, um die Ermittlung von Bereichen für die Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten – eventuell auch durch Einsetzung eines "Wise Pen"-Teams – zu erleichtern, wobei sie die unterschiedlichen Erfahrungen in den Mitgliedstaaten berücksichtigen sollte, und die Mitgliedstaaten bei ihren freiwilligen Bemühungen, Initiativen im Bereich der Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung durchzuführen, zu unterstützen. Der Rat weist darauf hin, dass ein derartiges "Wise Pen"-Team auf die aktive Mitarbeit der teilnehmenden Mitgliedstaaten angewiesen ist.

Der Rat beauftragt das Politische und Sicherheitspolitische Komitee, sich weiter mit dieser Angelegenheit zu befassen, und kommt überein, Mitte 2011 zu überprüfen, welche Fortschritte in diesem Bereich erzielt worden sind.

In diesem Zusammenhang nimmt der Rat auch die bestehenden bilateralen und multilateralen Initiativen sowie die Unterzeichnung von Übereinkünften zwischen Mitgliedstaaten – wie den unlängst geschlossenen britisch-französischen Vertrag über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich – zur Kenntnis, die vielversprechende Beiträge zur Verbesserung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten darstellen. Diese Initiativen dürften dazu beitragen, eine Dynamik auszulösen, die zur Schaffung weiterer Gelegenheiten für eine Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten anregt.

#### *Zivil-militärische Synergien*

Der Rat weist darauf hin, welche Vorteile aus der Entwicklung zivil-militärischer Synergien bei der Fähigkeitenentwicklung gezogen werden können und welcher zusätzliche Nutzen durch Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck entstehen kann. In diesem Zusammenhang betont er, dass eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Verteidigungsagentur und der Europäischen Kommission insbesondere im Bereich Forschung und Technologie erforderlich ist.

Der Rat betont, dass die Mitgliedstaaten und andere einschlägige Akteure auf EU-Ebene zur Vermeidung unnötiger Kosten und Duplizierungen die zivilen Gremien, deren Tätigkeiten Auswirkungen auf den Verteidigungssektor haben können, erforderlichenfalls über militärische Anforderungen, Standards und sonstige laufende Entwicklungen informieren sollten.

*EU-NATO-Zusammenarbeit bei der Fähigkeitenentwicklung*

Der Rat weist erneut darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit der NATO bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten unter Achtung der Grundsätze der Inklusivität und der Autonomie der Entscheidungsfindung weiterentwickelt werden muss. Der Rat begrüßt, dass in zwei für den Schutz und die Durchhaltefähigkeit der Truppen wichtigen Bereichen – unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen sowie medizinische Versorgung – Fortschritte erzielt wurden. Er erwartet eine rasche Umsetzung der Vorschläge und betont, dass die Arbeitskontakte im Bereich der Fähigkeitenentwicklung fortgesetzt werden müssen, um anhand der politischen Leitlinien des PSK etwaige weitere Bereiche für eine konkrete Zusammenarbeit zu ermitteln; die entsprechenden Ergebnisse werden allen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

*Potenzial des Vertrags von Lissabon*

Der Rat betont, dass der durch den Vertrag von Lissabon entstandene neue Kontext, zu dem auch die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes gehört, als Katalysator für eine stärkere Koordinierung genutzt werden muss, die zu einer besseren und kohärenteren Verwendung der vorhandenen Ressourcen führt. Um die Krisenreaktionsfähigkeit der EU zu stärken, sollen die Möglichkeiten, die die ständige strukturierte Zusammenarbeit für eine Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten bietet, untersucht werden.

*Weiteres Vorgehen*

Der Rat fordert die Hohe Vertreterin auf, die Arbeit an den hier skizzierten Lösungsansätzen fortzusetzen und hierbei über das Politische und Sicherheitspolitische Komitee, den EU-Militärausschuss und die EDA eng mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten sowie einschlägige Interessengruppen zu konsultieren. Er fordert die Hohe Vertreterin zudem auf, ihm bis Mitte 2011 einen Bericht über den Stand der Arbeiten vorzulegen."

**MILITÄRISCHE OPERATIONEN**

Die Verteidigungsminister erörterten beim Mittagessen die derzeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU durchgeführten militärischen Operationen (EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina, EUNAVFOR-Atalanta und EUTM Somalia).



## ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

### ZUKUNFT DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK

Der Rat hat darüber beraten, wie gewährleistet werden kann, dass die Ziele der Entwicklungspolitik der EU, namentlich die Minderung der Armut in den Entwicklungsländern und Millenniums-Entwicklungsziele, effektiv erreicht werden.

Die Aussprache stützte sich auf das Grünbuch der Kommission, mit dem eine Konsultation der Akteure in die Wege geleitet wurde (*Dok. 16146/10*), und konzentrierte sich auf vier Fragen:

- Wie wird eine große Wirkung der EU-Entwicklungspolitik für die Armutsminderung gewährleistet?
- Wie kann zu einem stärkeren und breitenwirksameren Wachstum in den Entwicklungsländern beigetragen werden?
- Wie kann nachhaltige Entwicklung das Wachstumspotenzial in den Entwicklungsländern verbessern?
- Wie können dauerhafte Ergebnisse im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherheit erreicht werden?

Die Minister teilten die Auffassung, dass die EU-Entwicklungspolitik sich darauf konzentrieren sollte, Anreize für ein stärkeres und breitenwirksameres Wachstum in Entwicklungsländern zu geben und gleichzeitig die Armut zu mindern. Viele der Minister sprachen sich dafür aus, dass die EU sich auf eine Reihe von Prioritäten konzentrieren sollte, bei denen sie über besondere Sachkenntnis verfügt, wie beispielsweise nachhaltige Entwicklung, Landwirtschaft, Menschenrechte und Gleichstellung von Frauen und Männern. Einige Delegationen hoben die Notwendigkeit der Kohärenz aller politischen Strategien der EU hervor, die einen Einfluss auf die Entwicklungsländer haben, Handels- und Landwirtschaftspolitik einbegriffen.

Die Minister werden einen Beitrag zu den Kommissionsvorschlägen zur Modernisierung der europäischen Entwicklungspolitik leisten, mit denen im zweiten Halbjahr 2011 zu rechnen ist.

Seitdem die acht Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2000 vereinbart wurden, haben die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre offizielle Entwicklungshilfe verdoppelt. Sie stellten 2009 insgesamt 49 Milliarden EUR bereit, was 56 % der weltweiten Hilfe entspricht.

## **AFGHANISTAN**

Der Rat hat in Anwesenheit des EU-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Vygaudas Ušackas, einen Gedankenaustausch über die Vorgehensweise der EU in der Entwicklungspolitik für Afghanistan geführt.

Alle Minister hoben ihr langfristiges Engagement für die Entwicklung in Afghanistan und für den Übergang der Zuständigkeiten an die afghanische Regierung hervor.

2010 hat die EU ihre Koordination bereits verbessert. Dadurch dass die Büros des EU-Sonderbeauftragten und der Delegation der Kommission zusammengelegt wurden, hat die EU ihre substanzielle Entwicklungshilfe mit wachsendem politischen Gewicht in Afghanistan kombiniert. Die Minister hoben auch die Notwendigkeit der Koordinierung mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der VN und dem Zivilbeauftragten der NATO hervor.

Im Oktober 2009 hat die EU einen Plan zum Ausbau ihres Engagements in Afghanistan und Pakistan angenommen. Darin hat sich die EU erneut dazu bekannt, durch gezielten Einsatz ihrer Mittel für die strategischen Entwicklungsprioritäten der afghanischen Regierung die Effizienz der EU-Hilfe zu verbessern. Die Delegationen wiesen darauf hin, dass die Hilfe gemäß der Konferenz von Kabul von 2010 für die nationalen Prioritätenprogramme verwendet werden müsse.

Die EU ist einer der führenden Hilfegeber für Afghanistan. Das Land erhält jährlich durchschnittlich 1 Milliarde EUR von der Kommission und den Mitgliedstaaten.

## **HAITI**

Im Vorfeld des ersten Jahrestages des Erdbebens in Haiti am 12. Januar hat der Rat sich mit dem Stand der laufenden Wiederaufbaubemühungen befasst und die derzeitige Lage auf der Insel angesichts der Choleraepidemie und der jüngsten Wahlen analysiert. Er nahm auch einen Sachstandsbericht zu dem gemeinsamen Programmierungsdokument der Kommission und der Mitgliedstaaten zu den Wiederaufbaubemühungen zur Kenntnis.

In Haiti fanden am 28. November 2010 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, deren vorläufige Ergebnisse am 7. Dezember 2010 veröffentlicht wurden. Die EU hat mit 5 Millionen Euro zu den Wahlkosten beigetragen und ist bereit, Hilfe bei den Vorbereitungen eines etwaigen zweiten Wahlgangs zu leisten, einschließlich einer Prüfung der Unregelmäßigkeiten, von denen nach dem ersten Wahlgang berichtet wurde.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben bei der Geberkonferenz vom 31. März 2010 in New York insgesamt 1,235 Milliarden EUR für den Wiederaufbau Haitis zugesagt. Die Prioritäten für die verbleibende Finanzierung werden derzeit von den Mitgliedstaaten, der Kommission und den haitianischen Behörden erörtert.

Die EU hat unverzüglich auf den Ausbruch der Cholera reagiert. In gemeinsamen Bemühungen haben die EU und ihre Mitgliedstaaten bisher 18,5 Millionen EUR und umfassende Sachhilfe gegen die Epidemie bereitgestellt.

## **TRANSPARENZ UND GEGENSEITIGE RECHENSCHAFTSPFLICHT BEI DER ENTWICKLUNGSHILFE**

Der Rat hat die Frage der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und Transparenz zwischen den europäischen Gebern und den Partnerländern erörtert. Er hat auch stärker harmonisierte Verfahren bei der Weitergabe von Informationen über Umfang und Bereitstellung von Entwicklungshilfe sowie Prognosen zur Entwicklungshilfe durch die Kommission und die Mitgliedstaaten vorgesehen. Das Ergebnis ist in den Schlussfolgerungen enthalten, die der Rat ohne Aussprache angenommen hat (*Dok. 17769/10*).

## **INNOVATIVE FINANZIERUNGSMECHANISMEN**

Der Rat hat die Frage innovativer Finanzierungsquellen und -mechanismen für die Entwicklungshilfe erörtert. Die Kommission erklärte, sie werde ihre Arbeit in Bezug auf die technische Durchführbarkeit solcher Mechanismen und etwaige Auswirkungen fortsetzen.

## **INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSKONFERENZEN 2011**

Die Entwicklungsminister haben beim Abendessen die Vorbereitungen für die vierte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder und für das vierte Hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, die beide für 2011 anberaumt sind, in die Wege geleitet. In diesem Zusammenhang befassten sie sich auch kurz mit den Entwicklungsaspekten des jüngsten Gipfels zwischen der EU und den USA.

## SITZUNG AM RANDE DER RATSTAGUNG

### EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSAGENTUR

Unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin Catherine Ashton fand am Rande der Ratstagung eine Sitzung des Lenkungsausschusses der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) statt.

Die Beratungen konzentrierten sich auf die Bündelung und gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten. In diesem Zusammenhang billigte der Lenkungsausschuss ein Papier zum Thema "Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung". Er stimmte auch Folgendem zu:

- einem Beschluss zum EDA-Arbeitsprogramm 2011;
- einem Beschluss über Verteidigungsdaten und -benchmarks;
- einem Beschluss über einen Europäischen Kooperationsrahmen für ein gemeinsames Investitionsprogramm für Forschungs- und Technologievorhaben zum Schutz der eigenen Kräfte;
- Schlussfolgerungen zum Thema der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen (als Konzept, das auf die europäischen Unternehmen für Verteidigungsgüter und auf ihre Fähigkeit, an einem breiteren Markt für Verteidigungsgüter teilzuhaben, ausgerichtet ist);
- einem Beschluss über ein Programm für die Politik der EU im Bereich des Funkfrequenzspektrums.

Der Lenkungsausschuss befasste sich zudem mit den Auswirkungen der Initiative des einheitlichen europäischen Luftraums auf die militärische Luftfahrt und nahm den Bericht der Europäischen Verteidigungsagentur zur Verteidigungsforschung auf europäischer Ebene zur Kenntnis.

Siehe Pressemitteilung der Europäischen Verteidigungsagentur.

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

**GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

Der Rat

- billigte den Einheitlichen Sachstandsbericht zum Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU für das zweite Halbjahr 2010. Der Bericht gibt den Sachstand in Bezug auf die Fortschritte auf dem Gebiet der militärischen Fähigkeiten der EU im Zeitraum von April 2010 bis Oktober 2010 wieder,
  - nahm den Bericht des Leiters der Europäischen Verteidigungsagentur an den Rat zur Kenntnis und
  - billigte die Leitlinien für die Arbeit der Europäischen Verteidigungsagentur im Jahr 2011.
-